



Höchste Sicherheitsstufe: Präsidenten Peres und Karsai gleichzeitig in Berlin

Ihre Gesichter sind – nicht nur wegen der Kälte – verumhüllt, in den Händen halten sie Maschinenpistolen. Bundespolizisten patrouillieren vor dem „Hotel Adlon“, Panzerwagen stehen dahinter und auch Unter den Linden. Auf dem Dach liegen Präzisionsschützen, die mit Ferngläsern die Fenster umliegender Gebäude beobachten. Das Gelände rund um das Luxushotel am Brandenburger Tor ist rigoros abgesperrt. Drei Tage lang gleicht das Berliner Regierungsviertel einer Festung. Doch die hohen Sicherheitsvorkehrungen während des Staatsbesuchs des israelischen Präsidenten Schimon Peres sind wohl leider nötig. Schließlich gilt Peres, der im „Adlon“ Quartier bezogen hat, wie US-Präsident Barack Obama als der gefährdetste Politiker der Welt.



Höchste Sicherheitsstufe: Das Regierungsviertel und das „Hotel Adlon“, in dem Präsident Peres nächtigte, waren tagelang kaum zugänglich. Foto: M. Dominik

Erst vergangene Woche galt höchste Sicherheitsstufe, als Israels Premier Benjamin Netanjahu in unserer Hauptstadt war. Und am Dienstag dieser Woche verschärfte sich die Belastung für die Polizei noch weiter, da der afghanische Präsident Hamid Karsai nach Berlin kam, um sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Afghanistan-Konferenz am gestrigen Donnerstag auszutauschen.

Meine Ziele als neuer Patientenbeauftragter der Bundesregierung

In dieser Woche habe ich meinen Kollegen im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages in meiner Funktion als neuer Patientenbeauftragter der Bundesregierung über meine Vorhaben und Ziele informiert. Mein Hauptanliegen ist die Bündelung aller Patienten-Rechte in einem Gesetz. Die ersten Gespräche hierzu laufen bereits, und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in großer Übereinstimmung und über Parteigrenzen hinweg ein solches Patientenrechtgesetz im kommenden Jahr beschließen werden. Schon jetzt möchte ich den Menschen Wege aufzeigen, wie sie als Patienten zu ihrem Recht kommen können. Viele haben leider das Vertrauen in das Gesundheitssystem durch die unsägliche Praxis des möglichst langen Hinausschiebens verloren. Die Versicherten brauchen Hilfe. Die Bürgeranfragen, die an mein Patientenbeauftragtenbüro gerichtet werden, sollen deshalb von meinen zwölf Mitarbeitern – unter ihnen sind Ärzte und Juristen – und mir sowohl zeitnah als auch verständlich beantwortet werden. Wie meine Kollegen im Gesundheitsausschuss werde ich auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, an dieser Stelle regelmäßig über meine Arbeit informieren.

Die Opposition weiß nicht, was sie will

Beim Thema Mehrwertsteuerermäßigung für das Übernachtungsgewerbe erlebt das politische Berlin in diesen Tagen eine Polit-Posse der besonderen Art. Man mag bei diesem Thema unterschiedliche Auffassungen vertreten können – nur sollte man dann auch konsequent sein. Doch davon kann bei SPD und Grünen leider wirklich nicht die Rede sein. Während die maßgeblichen Führungskräfte der Opposition im Deutschen Bundestag die Mehrwertsteuerermäßigung als Klientelpolitik diffamieren, haben ihre Vertreter im Bayerischen Landtag und andernorts genau dies selbst vehement gefordert. Noch im Januar 2006 verlangte die SPD im Landtag von der Bayerischen Staatsregierung, „ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass der Bund für die Hotellerie den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent einführt.“ Auch in tourismuspolitischen Leitsätzen der Bundes-SPD findet sich diese Forderung wieder. Das gleiche Ziel verfolgen seit Jahren die bayerischen Grünen. Glaubwürdigkeit sieht wahrlich anders aus. Offenbar tut sich die SPD schwer damit, ihre neue Rolle als Opposition zu finden. Es kann doch nicht sein, die christlich-liberale Koalition heute für grundlegende Entscheidungen wie etwa Steuersenkungen zu kritisieren, die man bis vor kurzem noch als Regierungspartei mit verantwortet hat!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Wolfgang Zöller, MdB